

Der Li-La-Laune-Bär

Der Li-La-Laune-Bär war eine Kindersendung Anfang der 90er Jahre auf RTL. Der Bär hatte immer gute Laune, egal, was geschah. Frank Henkel scheint dieser Kunstfigur seelenverwandt zu sein. Ich muss zugeben, Frank Henkel sympathisch zu finden, allein schon deshalb, weil er durchweg gut gelaunt ist, auch wenn es nicht immer Anlass dazu gibt. Henkel gehört zu den optimistischen Menschen. Er hätte gut in das Orchester auf der Titanic gepasst. Bis zum letzten Ton spielen und immer noch hoffen, dass das Schiff nicht untergeht.



Foto: paperpress Archiv – Presseball 2011

Wahlumfragen sind für ihn das Eine, Ergebnisse können etwas ganz anderes sein. Er verbreitet unberrt den Glauben, dass es eine Regierungsbeteiligung der CDU auch nach dem 18. September geben könnte. In dieser Woche hat Henkel einen Dämpfer einstecken müssen, denn nicht nur sein Koalitionspartner Michael Müller, sondern auch gleich die Grünen haben erklärt, nicht mit der CDU gemeinsam

regieren zu wollen. Wenn Müllers Vorstoß und Festlegung auf Rot-Grün den Sinn gehabt haben soll, dass sich auch die Grünen entsprechend ablehnend gegenüber der CDU äußern, dann ist die Rechnung aufgegangen.

Dennoch, ich halte es für fatal, vor einer Wahl Koalitionsaussagen zu machen. Es muss gelten, dass nach der Wahl Gespräche zwischen allen demokratischen Parteien stattfinden. Was soll das werden nach dem 18. September, wenn weder Rot noch Grün mit Schwarz reden will? Ein Zweierbündnis zu propagieren, wo kein Zweierbündnis rechnerisch möglich ist, ist mehr als mutig. Ich würde mir einen Wahlkampf wünschen, wo sich jede Partei allein um sich selbst kümmert und ihr Programm vorstellt und vertritt. Die Konkurrenz schlecht zu reden, kommt beim Wähler nicht gut an. Die gegenwärtige Diskussion, wer mit wem und warum, sollte schleunigst beendet werden. Ich will wissen, warum ich eine Partei wählen soll oder kann aufgrund ihrer Ziele. Mich interessiert nicht, was Partei A über Partei B denkt.

So, nun hat Michael Müller die Schlammschlacht mit der CDU im Tagesspiegel eröffnet und Frank Henkel schlägt zurück. Auch er hat einen Aufsatz für den Tagesspiegel geschrieben, aus dem wir einige Zitate erwähnen möchten: „Kaum etwas ist so sinnlos wie Koalitionsdebatten vor einer Wahl. Es kommt ohnehin meist anders als gedacht. In den letzten Jahren ging Rot-Grün stets als Favorit in den Berliner Wahlkampf. 2001 und 2006 schmiedete die SPD dann lieber eine rot-rote Koalition. Auch 2011 setzten Wovereit und Müller die Grünen vor die Tür und stattdessen auf eine Regierung mit der CDU.“

„Umso verwunderlicher ist, dass Frau Pop sich weiter ergeben an die SPD kettet, als hätte ihre Partei aus den Erfahrungen der Vergangenheit nichts gelernt.“

Das Verhalten von SPD und Grünen, bereits jetzt über eine mögliche Koalition zu sprechen „lässt jeglichen Respekt vor dem Wähler vermissen.“, schreibt Henkel im Tagesspiegel. Und das bestätige, was nach Ansicht von Frank Henkel viele seit Langem beklagen: „Die Berliner SPD führt sich auf, als würde ihr die Stadt gehören. Die Selbstherrlichkeit ist sicher auch in einer viel zu langen Regierungsverantwortung begründet. Die SPD hat während der gesamten Berliner Nachkriegszeit stets mitregiert, nur unterbrochen von einer kurzen Phase in den 80er Jahren.“ Henkel rechnet vor, dass die SPD seit 15 Jahren den Regierenden Bürgermeister stellt. „Nach so vielen

Jahren wird der Machterhalt zum Selbstzweck, die Inhalte rücken in den Hintergrund. Vor diesem Hintergrund ist es amüsant, wenn der SPD-Kandidat schreibt, es brauche jetzt ein neues Kapitel für Berlin. Wenn Michael Müller Teil eines neuen Kapitels sein möchte, dann ist das so, als ob Sepp Blatter die Ethikkommission der Fifa leitet.“ Rummms...

Der Beitrag von Frank Henkel ist eine Totalabrechnung mit der SPD und vor allem mit Michael Müller. Zwischen denen geht gar nichts mehr. Henkel wirft der SPD vor, die Probleme der Stadt selbst verursacht zu haben. „Ohne den Fraktionschef Müller hätte Wowereit nicht 1.800 Stellen bei der Polizei abbauen können.“ Die Folgen vom massiven Abbau im gesamten öffentlichen Dienst spüre man bis heute: Geschlossene Polizei-Abschnitte, Personalmangel, Nullrunden, verrottete Schießstände, veraltete Ausrüstung.

Das BER-Desaster wirft Henkel der SPD nicht direkt vor, sondern erwähnt nur, dass „mit Wowereit, Platzeck und Müller SPD-Politiker seit vielen Jahren an der Spitze des BER-Aufsichtsrats gestanden haben und bis heute stehen.“ Unerwähnt lässt Henkel, dass er selbst Mitglied im BER-Aufsichtsrat war und ist.

„Alles, was die Sozialdemokraten jetzt im Wahlkampf beklagen – steigende Mieten, marode Schulen, Verkehrsprobleme“, hat die SPD, so Henkel, „über Jahrzehnte selbst verursacht.“

Berlin stünde heute besser da als vor fünf Jahren, und das sei im Wesentlichen auch der CDU-Beteiligung am Senat zu verdanken. Henkel hätte sich gewünscht, anstatt von Müller attackiert zu werden, ein Bekenntnis zu den gemeinsamen Erfolgen der Koalition zu hören. Die CDU habe die Probleme angepackt, die Rot-Rot hinterlassen hat und dort aufgeräumt, wo Berlin nicht funktionierte.

Für Henkel ist in diesem Wahlkampf noch alles offen. „Ich kämpfe für eine starke CDU und ein starkes Berlin. Eine klare Abgrenzung gibt es von mir zum linken und rechten Rand. In der Mitte müssen die Parteien koalitionsfähig bleiben. Wer jetzt schon Optionen ausschließt, kann sich am Ende schnell draußen wiederfinden. Die Grünen können ein Lied davon singen. Und ob Müller nach dem 18. September noch am Verhandlungstisch sitzt, weiß auch niemand. Kaum etwas ist so sinnlos wie Koalitionsdebatten vor einer Wahl.“

So wie Michael Müller ohne erkennbare Not in der Koalitionsfrage vorpreschte, machte dies Henkel mit

seinem ebenfalls im Wahlkampf befindlichen Innenministerkollegen aus Mecklenburg-Vorpommern gegen Burkas und doppelter Staatsbürgerschaft. Zwei Themen, die angesichts der geringen Zahl von Burkaträgerinnen keine Relevanz haben. Auch die doppelte Staatsbürgerschaft ist auf einen kleinen Kreis von Menschen beschränkt. Ob von diesen Menschen eine Gefahr ausgeht, kann niemand vorhersagen. Sie unter Generalverdacht zu stellen, ist ungerecht.

Bislang ist nur der Fall aus dem Dezember 2010 bekannt, als sich in Pakistan eine Burka tragende Frau in die Luft gesprengt hat und 40 Menschen mit in den Tod riss. Seitdem gab es viele Nachahmer, vorwiegend Männer ohne Maske oder Schleier. Bei der Größe, die heute Sprengsätze haben, kann auch eine Frau im Mini Bikini zur tödlichen Gefahr werden.

Der Vorstoß von Henkel ist beim Bundesinnenminister gegen die Wand gelaufen. Thomas de Maizière bemühte sich aber als Versöhnung eigens in die Berliner Abendschau, um zu unterstreichen, was Henkel für ein guter Innenminister sei, offenbar allerdings mit Themen, die keine Rolle spielen. Durchsetzen konnte sich Henkel auch gestern Abend nicht im Kreise seiner CDU-Innenministerkollegen aus den anderen Bundesländern. Herausgekommen ist die Absichtserklärung, das Tragen von Burkas in bestimmten Bereichen, wie zum Beispiel vor Gericht, nicht zulassen zu wollen. Man könne nicht alles verbieten, was man für falsch halte, sagte de Maizière schon 2014. Und über allem steht das Bundesverfassungsgericht, bei dem man nie weiß, wem es Recht gibt. Im Info-Radio gab sich Henkel wieder optimistisch und verbreitete seine bekannte gute Laune. Er ließ sich von der Moderatorin nicht einreden, dass er sich nicht habe durchsetzen können.

Die Menschen in Berlin haben ganz andere Sorgen, als Burkas und doppelter Staatsbürgerschaft. Die Zeit bis zur Wahl sollten die Parteien also nutzen, um den Bürgern zu vermitteln, woran sie mit ihnen sind. Und für diejenigen, die sich nicht entscheiden können, empfehle ich den Wahl-O-Mat. Er hat mir sowohl auf Berliner wie auf Bezirksebene deshalb gut geholfen, weil er meine geplante Wahlentscheidung bestätigte.

Ed Koch